

19. Januar die Herabsetzung der öffentlichen Gehörten im Reichsgebiete vorgesehen. Der vorzeitige Besuch der Eröffnung des Reichstags am letzten Dienstag und der Schließung dieses Besuches haben es zur Durchführung der weiteren Pläne nicht mehr kommen lassen.

Deutsche Nationalversammlung

Die Sitzung beginnt um 9 Uhr vormittags. zunächst liegen 54 Urteile vor, von denen indes eine große Reihe nicht erledigt werden kann, da entweder die betreffenden Abgeordneten oder die zuständigen Regierungsschreiter nicht anwesend sind.

Auf eine Anfrage Dr. Mittelmann (Dtsch. Volksp.) über Zurückhaltung des Admirals Reuter und anderer Offiziere und Mannschaften der Scapa-Flow-Niote erläuterte Regierungsrat Dr. Martinus: Es werde damit gerechnet, daß nachdem England die Bedeutung der Flotte nicht als Kriegsverbrechen ansieht, die Heimfahrt nunmehr in nächster Zeit erfolgen wird. Von einem erneuten Rotenwechsel glaubt die Regierung absehen zu können.

In Beantwortung weiterer kleinerer Anfragen erläuterte die Regierung, u. a., daß unsere Kriegsschulen und Kadettenschulen in Zwollern umgewandelt würden. Nach Aufhebung der Institute, für die alle Vorräte getroffen seien, würden die Gebäude für Schulzwecke Verwendung finden.

Die Abgabe der in den Harburger Oelsfabriken vorhandenen Delikten an die Landwirtschaft sei in die Wege geleitet. Noch aber infolge der durch die teureren Rohstoffe in die Höhe getriebenen Preise.

Die zweite Beratung des Betriebsvertragsgesetzes wird hierauf fortgelegt.

Zunächst wird die namentliche Abstimmung über den Antrag der Deutschen Volkspartei zu § 20 vorgenommen, das Wahlalter von 18 auf 20 Jahre und die Dauer der Beauftragung in Betrieben, welche die Wahlbarkeit verleiht, von 5 Monaten um 2 Jahre heranzuführen.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages mit 287 gegen 58 Stimmen bei 2 Stimmabstimmungen.

Die Abstimmung über § 20 und 21 werden mit lediglich formellen Änderungen des Ausführungsbeschlages angenommen, dagegen die §§ 45 und 46, sowie § 47.

Der nächste Abschnitt behandelt die Aufgaben und Bezugsnormen der Betriebsleitung. Zu den Aufgaben des Betriebsrates gehören nach § 66 u. a. die Beratungen der Betriebsleitung zur Herbeiführung höherer wirtschaftlicher Betriebsleistungen, Förderung neuer Arbeitsmethoden, Anstrengung des Schlüttungsausbaus bei Streitigkeiten, Mitwirkung bei der Ablösung von Beschwerden, Bekämpfung der Unfälle und gesundheitlichen Gefahren in den Betrieben, Mitwirkung an der Verwaltung von Betriebsfondiensten und anderen Wohlfahrtseinrichtungen.

Abg. Roenen (D. Soz.) befürwortet in 2-stündiger Rede einen Abänderungsantrag, wonach u. a. der Betriebsrat gemeinsam mit der Betriebsleitung die Entscheidung über die Gehalts- und Lohnfragen, Arbeitsbedingungen, Arbeitsordnung, Einstellung und Räumung von Arbeitern haben soll. Die Vorlage in der jetzigen Fassung ist ein Geleit gegen die Arbeiter. Die Verantwortung trägt das blutbefleckte Haupt dieses Hauses. (Ordnungsrat.)

Der Abänderungsantrag wird abgelehnt.

§ 66 wird in der Kommissionssitzung angenommen. Nach § 70 werden die Unternehmungen, für welche ein Aussichtsratsdelegat, 1 oder 2 Betriebsratsmitglieder in den Aussichtsrat entsendet, um die Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. Sie haben Stimmrecht in allen Aussichtsratsitzungen, erlangten aber nur Auswandsentschädigung.

Abg. Wolf (Deutsche Volksp.) beantragt eine Änderung dahin, daß die pflichtige Beteiligung der Betriebsratsvertreter an allen Sitzungen zu erleben ist durch die Einführung von besonderen Aussichtsratsitzungen zur Entgegnahme von Arbeitserwünschen.

Abg. Schiele (Deutschland) beantragt die Streichung des § 70. Seicht nach der Auskunft von ausgesäerten Sozialisten müsse ein Wachwart vor Vorhören in den Räumen der Räte vorhanden sein, die solche Bestimmungen ausstellen. Es ist ganz unmöglich, bei den Arbeitgeberdelegierten das nötige Verhantons für die Gegenstände der Aussichtsratsitzungen vorauszusehen.

Die Abstimmung über Ausgaben und Bezugsnormen der Arbeiter- und Angestelltenzate, Wiedereinstellungsrecht über Gesamtbetriebsräte und den Betriebsobmann (§§ 78–92) wird zusammengezogen und nach kurzer Ausprache in wesentlichen unverändert angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr: Kleine Vorlagen, Anträge, Beamteneuerungsplage, Rheinland-Interpellation und evtl. dritte Beratung des Betriebsvertragsgesetzes.

Lärmzonen in der Sächsischen Volkskammer

Tägliche Verabschiedung eines Abgeordneten

Dresden, 17. 1. Die Aussprache über die Anträge Schmidt, Greifzu, und Lipinski betr. Aufhebung bzw. Ausbau der Zwangswirtschaft wird fortgelegt.

Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. von Hübel erläutert, daß von unseren Gewerbevereinheiten ein Teil des erzgebirgischen Landwirtums vorbehalten bleiben müsse, die infolge des frühen Winters um einen erheblichen Teil ihrer Ernte gekommen sind.

Abg. Zillier (Deutschl.) wendet sich besonders gegen die Erfüllung der Regierung, in der sie sich für die Ausstellung des Zollhandelsbuchs bei der Lebensmittelverteilung ausspricht, wodurch zahlreiche Existenzuntergraben würden.

Wirtschaftsminister Schwarz erläutert, davon festhalten zu müssen, daß die Gemeindewertheilungen jetzt nicht aus der Lebensmittelverteilung ausgeschaltet werden.

Abg. Günther (Demokr.) ist mit den Erklärungen des Wirtschaftsministers nicht ganz einverstanden. Die Bekämpfung des Zwangshandels verstoße gegen Bestimmungen des Reichsvertrags.

Nach Aussführungen des Abg. Russel (Unabh.) und Pichemeyer (Soz.), der dem vom Abg. Schmidt befohlenen Gemeinkunst der Kanowice befreit, nimmt das Wort Abg. Beutler (Deutschl.). Er behält zunächst die bei den Kreischaupräsenzen wütenden Überwachungsausschüsse. Die Auflösung der Räte für die Überwachungsausschüsse sollen wir hier bestätigen. Neben die Räte dürfen wir uns nicht ausspielen. So werde mich an diese Voraussetzung nicht halten. In seinem Orte sind die Ausküsse — wie angegeben — durch die bekannte Verordnung vom 25. Juni 1919 zu führen. Ich halte die Ausküsse weniger für eine wirtschaftliche, als für eine politische Einrichtung. Weiter wendet sich der Redner gegen den Wirtschaftsminister, der sich gekenn in körner Weise gegen die Deutschen gewandt hat und erläutert ihm, man solle doch endlich aufheben, das Geheim einer Geheimrevolution von rechts an die Wand zu malen. Wir haben nur keine Veranlassung, die Rechte vom Baume zu schlagen, bevor sie reif sind, denn sie fallen später von selbst ab.

Nach einer Erklärung des Abg. Zeitbold wendet sich Wirtschaftsminister Schwarz in sehr scharfen Ausführungen gegen die Räte des Hauses und begegnet deren Mitglieder als Kriegsverbrecher.

Vizepräsident Dietel ziegt diesen Ausdruck.

Abg. Beutler ruft zur Aufhebung Räten gewandt: Die Verbrecher seien dort!

Darauf erhält ein furchtbates Urteil bei den Unabhängigen. Die Abg. Renke, Zunger und Führing klagen mit erhobenen Fäusten nach der rechten Seite des Hauses, jedoch es einem Augenblick den Anhänger gesellt, als würde es zu Täuflichkeit kommen. Sie rufen den Abgeordneten des Reichs zu: Ihr Blutbunde, ihr losl auch noch, Ihr gemeinen Subjekte, ihr Verbrenner! Nun hier wird noch Blut fließen! Die Abgeordneten des Reichs beantworten diese Ausfälle mit Gelächter.

Vizepräsident Dietel ruft die Unabhängigen und den Abg. Beutler zur Ordnung.

Wirtschaftsminister Schwarz läßt fort: Wenn ein neuer Zusammensatz kommt, dann werden Sie zu den Deutschen nationalen gewendet, die ersten sein, die am Galgen hängen. (Erneute hämische Aufrufe.)

Vizepräsident Dietel ziegt die Ausdrucksweise des Ministers.

Abg. Bellisch (Soz.) polemisiert in körner Weise gegen die Rechte.

Rau Schlusssatz der beiden Berichterstatter kennzeichnet Abg. Bentler das Gebaren des Ministers Schwarz, einem Abgeordneten für die Ausübung seines parlamentarischen Amtes den Galgen in Aussicht zu stellen. Wenn er, Redner, noch Ansicht des Ministers die Karikatur eines Revolutionärs sei, so müsse er Harry Schwarz als die Karikatur eines Ministers bezeichnen.

In der folgenden Abstimmung wurde ein während der Verhandlungen eingeführter Abänderungsantrag des Abg. Schmidt, der einen allmäßlichen Ausbau der Zwangswirtschaft fordert, sowie der Antrag Schmidt selbst abgelehnt, der Antrag Lipinski auf Ausbau der Zwangswirtschaft angenommen, ebenso der Antrag auf Schaffung von parlamentarischen Räten.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 20. Januar.

Politische Nachrichten

Mit den Eisenbahnen näbert sich auch die Post eines Rekordrechts. Es ist kein Geheimnis mehr, daß nach der großen Postreform vom 1. Oktober 1919 der dreifache Brieftar aufgedoppelt ist, und die Einnahmen darunter gelitten haben. Wenn jetzt infolge neuer Gebührenabänderungen der Postbeamten die Postreise abermals gefährdet werden, so müssen sich noch schwimmende finanzielle Wirkungen herausstellen. Stimmt die Rechnung aber bei diesen alten staatlichen Betrieben nicht mehr, so wird sie sich bei den neuen Steuererinnahmen erst recht trügerisch erweisen. Wir verlieren in Schulden und Defiziten.

Die Reichsidentitätsauskunftsstelle. Im Reichstag ging am Donnerstag eine von Breslau ausgegebene Meldung um, daß die rechtschaffenden Parteien den General von Lettow-Vorbeck als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufstellen wollen. Das ist nach Meldungen verschiedener Blätter nicht richtig. Die Deutsche Volkspartei hat sich bereits im Oktober durch ihren geschäftsführenden Ausschuß auf Feldmarschall von Hindenburg eingesetzt und auch die Deutschenationalen scheinen zunächst an Hindenburg zu denken.

Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 17. Januar 1920.

Die Gesellenprüfung

Kommende Ostern beendet wieder eine Anzahl von Handwerkslehrlingen ihre Lehre. Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Geleit der Lehrjahre sich der Gelehrtenprüfung unterziehen soll, daß weiter der Lehrherr verpflichtet ist, die Lehrlinge zur Ablegung der Gesellenprüfung anzuhalten (§ 130 der Gewerbeordnung), und daß er sich strafbar macht, wenn er diese Pflicht gegen die am anerkannten Lehrstätte verletzt (§ 148 Abs. 1 Ziffer 9 der Gewerbeordnung). Lehrlinge, deren Lehrherren einer Innung nicht angehören, haben ihre Lehre um Zulassung zur Prüfung jodab möglich und bis spätestens zum 10. Februar 1920 jodab möglich an die Gewerberäte zu richten. Dem Zulassungsgesuch sind beizufügen: 1. ein von dem Geschäftsteller selbständig verfügt und eigenhändig geschriebenes Lebenslauf; 2. das Lehrzeugnis bez. das Zeugnis des Lehrherrn darüber, daß und wie lange der Lehrling bei ihm in der Lehre steht; 3. die Zeugnisse der Fortbildungsschule oder einer Fachschule oder einer sonstigen gewerblichen Bildungsanstalt, welche der Geschäftsteller befreit hat; 4. Vorschläge für das Gesellenstück und Zulassung des Lehrherrn hierzu; 5. die Prüfungsgebühr von 20 Mark. Bei Handwerkslehrlingen verzögert die Prüfungsgebühr 30 Mark.

Es wird noch ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Ablegung der Gesellenprüfung, zu der sich der Lehrling im Lehrvertrag verpflichtet hat, durchaus im Interesse des Lehrlings steht, daß nur derjenige später zur Meisterprüfung zugelassen wird, der die Gesellenprüfung bestanden hat. Die Meisterprüfung muß aber jeder ablegen, der nach vollendetem 24. Lebensjahr Lehrlinge anleitet will.

Das goldene Gebäudeflügel beginnt gähnen Herr Reinherz Karl Herrmann mit junger Gattin Marie geb. Barthel. Das Jubiläum wurde durch Herrn Oberstaatsrat Eymann eingeleitet, auch überreichte dieser eine kleine Ehrenpuppe des Reichsverbandes, und Herr Oberlehrer i. R. Gähler übermittelte dessen Glückwünsche. Auch die priv. Schreibmaschinenfabrik, deren Chef Herr Hermann ist, ehrte ihr Mitglied durch eine besondere Feier. Kinder und Kindesbrüder nahmen an der Feier teil. Mögen dem noch zügigen Paar noch viele Jahre in Gebundenheit gescheiden sein.

Die Geschäftsstelle. Heute beginnt ein alter sächsischer Büdinger, der einzige Webemeister Eduard Burkhart, sein goldenes Geschäftsjubiläum. Mit seiner Gattin, die vor wenigen Jahren zur ewigen Ruhe eingegangen ist, begründete der damals junge tüchtige Büdinger in der Friedrichstraße ein Handelsgeschäft für Altwaren und Möbel. Aus den weiteren Kreisen der Büdingerwirtschaft wandte sich dem Burkhartschen Geschäft allgemeines Vertrauen zu und es gewann an äußerer Ausdehnung, doch ist im Jahre 1886 die Lebendbedienung in das jetzige Geschäftshaus an der Chemnitzer Straße notwendig geworden. Damit hand, nachdem die Familie Burkhart die Altwarenabteilung fallen ließ, eine Betriebsverweiterung trat, die sich auf alle möglichen Ausstattungs- und Bettdecken ausdehnen sollte, und ebenso das Geschäft erweiterte. Seit einer längeren Reihe von Jahren schon hat die jüngste Generation der Familie Burkhart, Söhne wie Töchter und Enkel, wobei die Hand mit zum Weiterbetrieb des jüngsten Warenhauses, getragen und es wird so recht nach den Grundzügen „solid, fleißig und deizelsam“ mit vermehrten Kräften weiter gearbeitet. Dem ehrenwerten Senior und den jungen Kräften des Burkhartschen Warenhauses sei an dieser Stelle ein freundliches „Gut auf“ auch für die Zukunft erboten.

Die Bergischen Sonntagsabende haben morgen Sonntag: Sanitätsrat Dr. Köhler und Dr. Stumpf.

Der nächste Ausstellungstagabend des Sächsischen Kunstmuseumsfindet am 29. Januar in Form eines Beethoven-Abnends statt. Wie wir hören, sind für den Abend wieder namhafte Kunstschräfe verpflichtet worden.

Wom Postamt. Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß vom morgenden Sonntag an der Schlußmontag beim diesjährigen Postamt auf die Stunden 11–12 beschränkt ist. Zu dieser Zeit kann auch die allgemeine Abholung von Briefen und Zeitungen erfolgen, während die Schließfächer von 8 bis zum Abend zugängig sind.

Die Tageabreise des ehemaligen Geldrestauranten-Depots der 19. Februar-Division, welche Beiträge für ore, von der mobilen Clappensommerbank 297 in Aachen am 15. 11. 18. beobachtigt gewesen Kriegsgefangenenauslösung eingezahlt haben, können seitdem gegen Rückgabe der Rose bei der Clappens-Intendantur des 5. Armee in Düsseldorf zurückfordern.

Ein Polizei des Reichs in Berlin am vergangenen 60. Ma. hat uns bedeutet das natürlich eine übermäßige beträchtliche Belästigung der Rechtselement und Roboff, die wir in der Schweiz laufen müssen.

Am 12. Januar. In der letzten Gemeindeberatung wurde beschlossen, die alte Vorstadt nach Dresden mit Rödelheim zu verbinden. Den Erwerblosen wurden Bebauungsabschlägen bewilligt. Den Besitzern eines Haushaltplanes für das 1. Quartal Jahr 1920 wurde zugestimmt.

Beschlossen wurde eine Neuverteilung zur Gemeindeverbindung vorzunehmen. Die gewählte Kommission legt sich zusammen aus den 1. Gem.-Velt. Hüniger 2. Gem.-Velt. Grünig, Gem.-Bez. Romheld, Irmscher, Franz, Bettemann, Voigtmann und Uhlig.

Die Bekämpfung eines Haushaltplanes gegen den Gemeindevorstand in einer Hopfenbrelle gelangte zum Vorfall; es wurde zurückgewiesen und der Standpunkt des Gemeindevorstandes einstimmig gebilligt. Die aufgestellte Steuerberechnung in der Zwischenzeit kam in Betracht.

— Leipzig. Am 12. Januar stand in der 10. Abendstunde auf Befehl des Generalstabs eine Razzia auf dem Hauptbahnhof statt, die durch eine Kompanie des Leipziger Infanterieregiments durchgeführt wurde. Der Hauptbahnhof ist bekanntlich, besonders in den Abendstunden, der Zusammenpunkt zahlreicher unanständiger Elemente, deren Treiben die Polizei so wie massiv gegenübersteht. Dem tatsächlichen Zugreifen der Freiwilligen ist es so dankbar, daß etwa 50 Personen der Widerstand zugeführt werden konnten, unter denen sich nicht nur Schieber, Juhathe und anderes lächerliches Geindel, sondern auch einige von der Polizei lange gesuchte Subjekte befanden.

— Leipzig. Im kommenden Frühjahr drohen die Reichstagswahlen mit der Leipziger Welle zusammenzufallen. Da dies in verschiedener Hinsicht, vor allem in Rückicht auf die Vertriebsmobilisierung, unerwünscht ist, hat das Leipziger Komitee bei dem Reichsministerium des Innern beantragt, den Termin der Reichstagswahl so zu legen, daß keine Konkurrenz mit der Allgemeinen Wahlmeile (23. Februar bis 6. März) oder mit der Februar-Welle (14. bis 20. März) erfolgt.

— Böhlen-Gallenberg. Die Stadtverordneten bewilligten 4000 Mark für Brennholz, das unentbehrlich an bedürftige Kriegsheimkehrer abgegeben werden soll.

— Augsburg. Bei Leichenfeiern nach Spanien wurde ein bissiger Vorfall durch die Unwissenheit eines anderen tödlich verletzt. Allo Vorfall beim Schießen.

— Pirna. Ein Waldwärter, der gegen 20 Uehte beim Söderroden überholte, wurde von diesen mit Säbeln und Steinwaffen mißhandelt. Der Hauptwärterleiter wurde verhaftet.

Vermischtes

Der Holzbündner als Galionsfigur. Eine Galionsfigur wurde durch die Sunlauer Kriminalpolizei ermittelt und dingfest gemacht worden. Es sind dies der fröhliche Zeitungsverleger und Holzbündnerleiter R. Köppel und dessen Frau aus Sagan, der Lithograph Groß und der Faktor H. Köppel in Stettin. Nachgewiesen ist den genannten Personen die Herstellung und Verzweigungs Sunlauer 50-Minenn-Siedlungscheine und von braunen Klunko-Marschinen. Ausgeführt wurden die Galionsfigur von Stettin aus. In den Verleih wurden sie von dem Chepar Köppel gebracht, das häufig auf Reisen war. Durch die Fällungen ist das Reich um viele tausend Mark geschädigt worden. R. Köppel, der vor etwa 4 Jahren in Sunlau die Reitervon Röhlendorff holzwälder Köppel in Sagan, in dessen Verlag auch das „Saganer Wochenblatt“ erschien, das Geschäft, das er aber in kurzer Zeit vollständig heruntergewirtschaftet und das er später verlaufen magte.

— Jägerhaus für neue Frei- und Wiederstand. Die zahlreichen, beinahe täglich erscheinenden Zeitungsnachrichten über neue Funde von Erzen, Kohlen und sonstigen mineralischen Rohstoffen aller Art enthalten neben manchem Beachtenswerten auch viel Fälsches, Unfaßbares und Unverstandenes; sie beweisen aber, daß Industrie und Gewerbe zur Zeit hierher demüthig sind. Erste für solche Stoffe zu suchen, die wir früher aus den durch den ungünstigen Kriegsausgang verloren gegangenen Gebieten bezogen haben oder die wir wegen unserer schlechten Valuta zurzeit im Auslande nicht kaufen können. Dabei kann es nicht ausbleiben, daß an Punkten eingestellt wird, die bereits durch frühere, jahrzehntelang vorliegende, längst vergebene Untersuchungsarbeiten gefälscht worden sind. Untererseits können Materialien in Betracht kommen, die wie bisher gewöhnlichsmäßig oder wegen gewisser Qualitätsvoraussetzung aus dem Auslande bezogen haben, während ansonsten gleichwertige Erzeugnisse bisher ungenutzt im Inlande vorhanden sind. — In allen jüngsten Fällen demüthigt sich die Geologische Bundesanstalt zu Berlin, Invalidenstraße 44, ihren reichen Erfahrungsschatz und den Inhalt ihrer Archive den heimischen Stellen nutzbar zu machen. Täglich werden dort Muster-Siedlungsquellen ausgetauscht, um die entsprechenden Materialien zu erhalten. Beigefügte Belege sind nachgewiesen, Adressen vermittelt, furt Arbeits geleistet, die daraus ableiten, uns immer unabhängiger vom Auslande zu machen und so unserm wirtschaftlichen Wiederaufbau zu dienen.

— Eine Postkarte gestohlen. Vor einigen Tagen wurde die Postkarte eines Soldaten aus der Nordbahnkreis aufgefunden. Der Fürstenberger Magistrat veranlaßte die Überführung der Postkarte an die anatomische Station der Klinik in Rostock. Der Transport fand in einer gewöhnlichen Kiste statt. Auf